

Folgen des Klimawandels

Anpassung von Schifffahrt, Logistik und Duisburger Hafen an Niedrig- und Hochwasserereignisse

Starkregenereignisse und Überflutungen haben im Juli 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eine Katastrophe ausgelöst, mit vielen menschlichen Opfern und großer Zerstörung der Infrastruktur - Folge des Klimawandels und der Erderwärmung.

Das RISP ist seit 2020 Verbundpartner im BMBF-geförderten Forschungsprojekt R2K-Klim+. Das Projekt erforscht die Auswirkungen des globalen Klimawandels sowie Klimaanpassungsmaßnahmen auf regionaler und kommunaler Ebene, für das Rhein-Einzugsgebiet und speziell für Duisburg.

Regionen und Kommunen weisen unterschiedliche Eigenschaften hinsichtlich ihrer Betroffenheit und ihrer Resilienz gegenüber klimatologischen Veränderungen auf und müssen im zentral-dezentralen Verbundsystem der Gebietskörperschaften Entscheidungen bezüglich der Anpassungen an diese Auswirkungen treffen. Lokale Extremwetterereignisse wie z. B. Starkniederschlagsereignisse oder Hitzeinseln in Städten werden im Projekt ebenso berücksichtigt wie Ereignisse, die großräumige Wirkungen entfalten.

So betreffen bspw. Hoch- und Niedrigwasser an Flüssen nicht nur eine Region, sondern häufig das gesamte Flusseinzugsgebiet. Eine fundierte Entscheidungsgrundlage liegt auf regionaler und

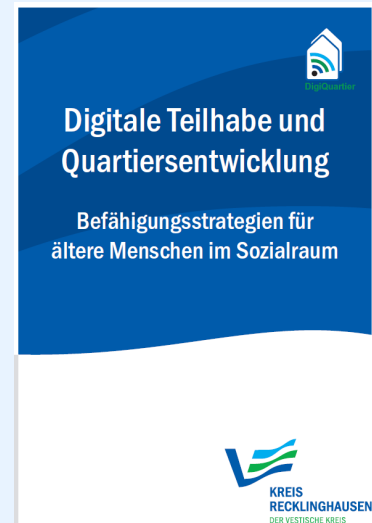
kommunaler Ebene jedoch meist nicht vor.

Das RISP analysiert im Projekt die mikroskaligen Auswirkungen von Niedrig- und Hochwasserereignissen für die Unternehmen der Schifffahrt, der Logistikbranche und für den Duisburger Hafen. Die Untersuchungen fokussieren Aus- und Rückwirkungen auf die Branchenstruktur, die Geschäftsmodelle der Logistik und ihre Arbeitsplätze. Vor dem Hintergrund der Flussgebietsmodellierung für den Rhein (durch den Projektpartner Siekmann GmbH) und der Modellierung regionalwirtschaftlicher Effekte auf Basis veränderter Güterverkehrsbeziehungen (Prognos AG) hat das RISP eine Stakeholderanalyse auf Ebene der Verbände und Unternehmen durchgeführt. Aktuell finden Experteninterviews in Verbänden und Unternehmen statt, danach folgt eine Unternehmensbefragung.

Die Stakeholderinterviews und die Unternehmensbefragung stellen eine empirische Grundlage für die Analyse der internen und externen Anpassungskapazitäten an die veränderten Klimaimpulse von Hoch- und Niedrigwasser des Rheins auf lokaler und regionaler Ebene dar.

Ansprechpartner:

Frederik Brandenstein



Pflege und Digitalisierung

Ältere Menschen wollen in der Regel möglichst lange selbständig leben, auch dann noch, wenn sie pflegebedürftig werden. Gleichzeitig steuert die Pflege immer mehr auf jenen Pflegenotstand zu, der seit Jahren prognostiziert wird, ohne dass bisher geeignete Mittel gefunden wurden, ihn aufzuhalten.

Im Projekt DigiQuartier ging es um eine altersgerechte Quartiersentwicklung. Die zentrale Frage: Kann Digitalisierung dabei behilflich sein?

Das vorliegende Buch, das auf den Seiten des Instituts heruntergeladen werden kann, fasst die Ergebnisse des dreijährigen Projektes des Kreises Recklinghausen zusammen. Ursula Kreft und Hans Uske von der FG Prolog haben als wissenschaftliche Begleitung einen Beitrag zum Thema Pflege und Digitalisierung geschrieben.

Download: [DigiQuartier](#)

Ansprechpartner im RISP:
Dr. Hans Uske

Zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz

Ergebnisse einer bundesweiten Umfrage an Landgerichten publiziert

Die elektronische Gerichtsakte (E-Akte) in der Justiz gewinnt zunehmend an Bedeutung. Bis zum Jahr 2026 müssen Gerichtsakten digital geführt werden. Umso überraschender ist, dass über die Einstellungen und Erfahrungen der derzeitigen und zukünftigen Anwenderinnen und Anwender bisher wenig bekannt ist.

Mit einer kürzlich erschienenen Studie ändert sich dies: Zusammen mit dem Kooperationspartner Materna Information & Communications SE und unterstützt vom Deutschen Richterbund wurde von Prof. Dr. Nicolai Dose und Leon A. Lieblang eine Umfrage in allen deutschen Bundesländern durchgeführt. Befragt wurden an

Landgerichten Richter*innen sowie Servicekräfte. Diese arbeiten sowohl an Gerichten, an denen die E-Akte bisher noch nicht eingeführt wurde als auch an Gerichten, an denen die E-Akte bereits erprobt wird. Mehr als 650 Personen nahmen an der Befragung teil.

Die umfangreichen Ergebnisse deuten in unterschiedliche Richtungen. Anwender*innen sind von der Zukunft der E-Akte überzeugt und bewerten den Nutzen insgesamt als hoch. Ihr Interesse an der E-Akte ist ausgeprägt. Die erwarteten Befürchtungen der Nichtanwender*innen sind in der Praxis der Anwender*innen weniger stark ausgeprägt. Nichtan-

wender*innen sind also skeptischer als Anwender*innen, es erfüllen sich aber auch nicht alle ihre positiven Erwartungen. Insgesamt ist Flexibilität gefordert, u. a. weil die E-Akte zu neuen Abläufen in der Zusammenarbeit führt. Wie eine erfolgreiche Einführung unterstützt werden kann, zeigt die Studie in Handlungsempfehlungen auf.

Die Studie kann [hier](#) abgerufen werden. Ein Interview mit dem Projektleiter findet sich auf folgenden Kanälen: [youtube](https://www.youtube.com/watch?v=ZY-NnlpN4Xnkk) (<https://www.youtube.com/watch?v=ZY-NnlpN4Xnkk>), [vimeo](https://vimeo.com/524184673) (<https://vimeo.com/524184673>)

Ansprechpartner im RISP:
Prof. Dr. Nicolai Dose

Pandemie in der funktional differenzierten Gesellschaft

Die Forschungsgruppe Systemanalyse für Verwaltung und Politik (SVP) hat sich in den letzten Jahren vor allem in Konferenzbeiträgen und Publikationen mit der Zukunft der funktional differenzierten Gesellschaft befasst. Alle diesbezüglichen Texte sind auf der RISP-Homepage zu finden. Die Corona-Pandemie hat viele der dabei beschriebenen Herausforderungen – quasi wie ein Brennglas – sichtbar gemacht. Ganz praktisch konnte man dies in Talkshows als „Kommunikationsprobleme“ beobachten – vor allem im Verhältnis von Politik (ÖV), Wissenschaft und Medien.

Zuletzt wurde sogar zunehmend selbstbezüglich von mangelnder Kommunikationsfähigkeit gesprochen. Abstrakt ausgedrückt handelt es sich dabei um die Tatsache, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren/Teilsysteme – wie Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, Medizin, Religion etc. – je spezifische Kommunikationsmuster benutzen. Deshalb ist eine wechselseitige Resonanz dieser Teilsysteme grundsätzlich schwierig, durch die Pandemie und die sich zuletzt häufenden Umweltkatastrophen aber viel

deutlicher geworden. Die natürliche Umwelt betrifft alle Teil (Funktions-) Systeme. Weder der Virus noch die Überschwemmung macht um den Lebensmittelladen, die Bar, die Schule oder das Krankenhaus ... einen Umweg.

Ob die vorgeschlagene Schaffung eines Klima-Ministeriums mit Veto-Rechten eine Lösung ist, wäre noch zu prüfen. Wechselseitige Resonanz ist eine Herausforderung für alle Politik-/Verwaltungsebenen – insbesondere auch für die lokale Ebene mit ihren vielfältigen (oft interdependenten) Politikfeldern.

In dieser Situation ist die Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gut begründet: In dem Rahmenprogramm „Gesellschaft verstehen - Zukunft gestalten“ ist ein Förderprogramm ausgeschrieben: „Gesellschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie – Forschung für Integration, Teilhabe und Erneuerung“. Die SVP hat deshalb einen Projektvorschlag eingereicht, der die wechselseitige Resonanz der gesellschaftlichen Teilsysteme und dabei die Inklusion der Bevölke-

rung in den Fokus nimmt. Als Herausforderungen werden Pandemie und Klimawandel im Sinne der (globalen) Bezüge zur natürlichen Umwelt berücksichtigt. Ein besonderer Akzent wird dabei wahrscheinlich bei der Positionierung des Wissenschafts-systems im Ensemble der gesellschaftlichen Teilbe-reiche liegen. (Welche Rolle können die Wissenschaften bei den Weichenstellungen für die zukünftige Gesellschaft spielen?) Das Förderverfahren sieht

zwei Etappen vor: 1. die Ausformulierung eines de-taillierten Projektplans und 2. die Förderung der Durchführung des Projektes. Mit der Entscheidung über die 2. Etappe kann etwa Mitte 2022 gerechnet werden.

Ansprechpartner im RISP:

Prof. em. Dr. Dieter Grunow

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Wie gut sind die Hausaufgabenbetreuung und die Freizeitangebote in der OGS?

Bundestag und Bundesrat haben sich im Endspurt der vergangenen Legislaturperiode noch auf einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung verständigt. Dieser tritt zum 1. August 2026 in Kraft. Ab dem 1. August 2029 hat jedes Grundschulkind der Klas-senstufen eins bis vier Anspruch auf ganztägige Be-treuung an fünf Tagen.

Viele Kommunen sehen große Herausforderungen auf sich zukommen, wenn das Offene Ganztagsange-bot in der Fläche ausgrollt und mit Rechtsanspruch versehen wird. Es kommen mannigfache Organisati-ons- und Finanzierungsfragen auf sie zu. Aber auch die Qualitätssicherung wird als Herausforderung an Bedeutung gewinnen.

Seit 2016 widmet sich die FG ABS dem Thema der Qualitätsverbesserung in der offenen Ganztags-schule. In mehreren Projekten für die Städte Dinslaken, Hamminkeln und Voerde sind Ansatzpunkte identi-fiziert worden, wie die Qualität des offenen Ganz-tagsbetriebs (noch) weiter verbessert werden kann. Grundlage hierfür ist ein kommunal anpassbares Befragungskonzept, das grundsätzlich eine parallele Befragung der Kinder in der OGS, ihrer Eltern/ Erziehungsberechtigten und der pädagogischen Fachkräfte vorsieht. Aus der Befragung aller betei-ligter Gruppen lassen sich viele Erkenntnisse und konkrete Ansatzpunkt identifizieren, schulscharf und für die OGS-Angebote in einer Kommune insge-samt.

- Welche Beweggründe haben Eltern für die An-meldung ihrer Kinder – Ermöglichung einer Er-werbsarbeit oder pädagogische Überlegungen?
- Gibt es hier Unterschiede zwischen einzelnen Schulen in verschiedenen Sozialräumen?
- Wie klappt es mit der Hausaufgabenbetreuung –

was sagen die Kinder, was sagen die Eltern? Z. B. zu den Angeboten im künstlerisch-musischen und im sportlich-spielerischen Bereich.

- Wie sind die Infrastruktur und die Ausstattung zu bewerten?
- Wie gut greift die Arbeit von Lehrkräften und pä-dagogischen Fachkräften ineinander?
- Was sagen die Kinder zum Essen: Schmeckt es und macht es auch satt?
- Wie fühlen sich die Kinder: finden sie sozialen Anschluss und finden sie für ihre Anliegen, Pro-bleme und Nöte (professionelle) Ansprechpart-ner*innen?

Der Rücklauf der Fragebögen war in allen drei Kom-munen gut bis sehr gut, z. T. konnten Vollerhebun-gen realisiert werden.

Wie tragen Befragungen zur Qualitätsverbesserung bei?

Mit den Ergebnissen können die Kommunen auf zwei Ebenen arbeiten. Auf Grundlage einer Gesamt-auswertung können die Verwaltung, der Rat (z. B. der Jugendhilfe- und der Schulausschuss) oder vom Rat bestellte Arbeitskreise erörtern und bewerten und Weichenstellungen vornehmen.

Den Grundschulen (auch den Trägern der OGS) kön-nen Auswertungen vorgelegt werden, in denen sich die Qualität untereinander anonymisiert verglichen lässt. Die einzelne Schule kann entlang der Auswer-tung der einzelnen Items (bestes Ergebnis einer Schule - durchschnittliches Ergebnis aller Schulen – unser Ergebnis) sehr genau ablesen, wo Handlungs-erfordernisse bestehen.

Ansprechpartner: Joachim Liesenfeld

20 Jahre Forschungsgruppe Mikom



*Absolvent*innen und Dozenten*innen nach Überreichung des „Bürgerscheins“.*

Die Forschungsgruppe Migration und interkulturelle Kommunikation (FG Mikom) feiert dieses Jahr ihr 20jähriges Bestehen. Gegründet im Jahre 2001 und mehr als ein Jahrzehnt lang geleitet wurde sie zunächst von Manfred Bayer, Professor für Allgemeine Didaktik, Schulpädagogik und interkulturelle Bildung.

Im ersten Jahrzehnt standen daher vor allem Lehrkräftefortbildungen mit der Entwicklung von Unterrichtsmaterialien und Modellprojekte zur interkulturellen Öffnung von Stadtverwaltungen im Mittelpunkt, oftmals in Zusammenarbeit mit Duisburger Schulen und der Stadt Duisburg.

Mit der Leitungsübernahme durch Peter Krumpholz, Politikwissenschaftler und Religionspolitologe, wurde dann das Portfolio der Forschungsgruppe erweitert. Interkulturelles Lernen wurde dabei mit interreligiöser Bildungsarbeit und religionspolitologischer Politikberatung verknüpft. Anlass dazu bot der Moscheeneubau in Duisburg Marxloh mit dem Aufbau

einer Begegnungsstätte und der Einbindung der Stadtgesellschaft. Ein Vorhaben, das von der Forschungsgruppe Mikom fast ein Jahrzehnt lang wissenschaftlich begleitet und konzeptionell beraten wurde.

In den letzten Jahren wurden von der FG Mikom vor allem vom Bundesfamilienministerium geförderte Modellprojekte zur Vielfaltgestaltung, Demokratieförderung und Extremismusprävention durchgeführt, zuletzt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Auch die Entwicklung und Erprobung von Präventionsmaß-

nahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Extremismus und Antisemitismus erfolgte wiederum in enger Zusammenarbeit mit zahlreichen Kooperationspartnern aus der Bildungslandschaft Duisburgs und der Rhein-Ruhr-Region.

So hat es beispielsweise die enge Kooperation mit der Schulpsychologischen Beratungsstelle der Stadt Duisburg ermöglicht, dass die Forschungsgruppe inzwischen auch präventive Fallberatung, Teambildung und Supervision anbietet. Im Bereich der Extremismusprävention, Demokratieförderung und Verfassungsbildung hat diese Form der Beratung von Kollegien im inner- und außerschulischen Bildungsbereich in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Die Besonderheit der Forschungsgruppe besteht heute darin, dass Bildungsmaterialien nicht erst am grünen Tisch der Wissenschaften vorgefertigt und anschließend transferiert werden. Vielmehr werden diese gemeinsam vor Ort entwickelt, indem die Bildungspraxis von Beginn an in das Forschungsvorhaben eingebunden wird.

Ansprechpartner im RISP:

Peter Krumpholz

Impressum:

Dieser Newsletter wird herausgegeben vom:

Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V.

an der Universität Duisburg-Essen

Heinrich-Lersch-Straße 15

47057 Duisburg

Tel: +49 (0)203 280 990

Fax: +49 (0)203 280 9922

www.risp-duisburg.de